

Fritsch, Bruno

Article — Digitized Version

Grundzüge und Tendenzen westlicher und östlicher Auslandshilfe

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Fritsch, Bruno (1968) : Grundzüge und Tendenzen westlicher und östlicher Auslandshilfe, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 48, Iss. 11, pp. 627-632

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133904>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

459 (1968)

Grundzüge und Tendenzen westlicher und östlicher Auslandshilfe

Prof. Dr. Bruno Fritsch, Zürich

Die westlichen Industrieländer blicken heute auf eine rd. fünfzehnjährige Erfahrung in der Entwicklungspolitik zurück; die erste UN-Entwicklungsdekade nähert sich ihrem Ende. Von den Vereinten Nationen wird in zahlreichen Arbeitsgruppen schon der Rahmen für die zweite Entwicklungsdekade abgesteckt, und zahlreiche Details werden von internationalen Entwicklungsfachleuten ausgearbeitet. Seit die Dritte Welt international zu einem ökonomisch-politischen Faktor erster Ordnung geworden ist, hat sich nicht nur die politisch-militärische Lage, sondern auch die weltwirtschaftliche Situation grundlegend verändert. Dementsprechend hat die westliche wie auch die östliche Entwicklungspolitik einen Wandel durchgemacht, der einerseits diese Veränderungen widerspiegelt, andererseits aber auch selbst ihre Ursache ist. Wie überall, zeigt sich bei näherer Betrachtung auch hier, wie komplex die Zusammenhänge sind und wie schwierig es ist, sie auf einige wesentliche Umrisse zu reduzieren. Wir wollen dies trotzdem versuchen und gehen dabei zunächst von einer knappen Schilderung der wesentlichen weltwirtschaftlichen Fakten aus, die während der letzten zwei Jahrzehnte unsere Welt verändert haben.

KONSEQUENZEN DER BEVÖLKERUNGSEXPLSION

Das hervorstechendste Merkmal ist die explosionsartige Entwicklung der Weltbevölkerung. Seit 1950 stieg die Bevölkerung in den asiatischen Entwicklungsländern um 600 Millionen, in Afrika um 110 Millionen und in Lateinamerika um rd. 100 Millionen Menschen. Selbstverständlich blieb auch die Bevölkerung in den europäischen und nordamerikanischen Industriestaaten ebensowenig auf dem Stand von 1950 stehen wie diejenige Rußlands oder Chinas. Der Zuwachs in den entwickelten Industrienationen betrug jedoch nur 1 bis 1,5 % pro Jahr, lag also wesentlich unterhalb der Wachstumsrate der Entwicklungsländer, die — je nach Land und Region — zwi-

schen 2,5 und 4 % p. a. veranschlagt werden muß. Eine unmittelbare Folge dieser Bevölkerungsexplosion ist die Tatsache, daß rund fünfzehn Jahre nach dem ersten praktischen Einsatz entwicklungspolitischer Maßnahmen immer noch zwei Drittel der Menschheit hungern, da die in den Entwicklungsländern erreichte Steigerung des Bruttosozialprodukts in den meisten Fällen fast vollständig durch diese Bevölkerungszunahme absorbiert worden ist.

Indessen hat das wirtschaftliche Wachstum der Industrieländer besonders seit 1950 stark zugenommen. So nahm z. B. zwischen 1950 und 1960 die Gesamtproduktion in den USA um 32 %, in Frankreich um 44 %, in der Bundesrepublik um 76 % und in Italien um 59 % zu. Die jährliche Wachstumsrate der nicht-sozialistischen Industrieländer belief sich in diesem Zeitraum auf durchschnittlich 4,2 %. Demgegenüber wurde das von den Vereinten Nationen für die erste Entwicklungsdekade aufgestellte Wachstumsziel von 5 % p. a. in den Entwicklungsländern — von wenigen Ausnahmen abgesehen — bis jetzt nicht erreicht. Da die Bevölkerung in diesen Ländern viel schneller wächst als in den Industrieländern, wächst der Unterschied zwischen diesen zwei Ländergruppen sowohl in bezug auf die absolute Höhe des Sozialprodukts als auch — und da besonders — in bezug auf das Pro-Kopf-Einkommen.

WELTWEITE EINKOMMENSDISPARITÄTEN

Obwohl die Verhältnisse in den einzelnen Ländern stark voneinander abweichen, lag das Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens in den Entwicklungsländern während der letzten zehn Jahre durchschnittlich unter 1 %. In den Industrieländern lag die jährliche Wachstumsrate des Pro-Kopf-Einkommens dagegen zwischen 2 und 4 %. Diese ungleichen Wachstumsraten bedingen natürlich auch einen sich ständig vergrößernden Unterschied in den Einkommensniveaus

dieser beiden Ländergruppen. Gegenwärtig beläuft sich das Bruttosozialprodukt aller Industrieländer auf rd. 1500 Mrd. \$. Man rechnet damit, daß sich dieses Gesamteinkommen bei der jetzigen durchschnittlichen Wachstumsrate bis zum Ende dieses Jahrhunderts vervierfachen, also rd. 6000 Mrd. \$ betragen wird. Selbst wenn man von der sehr optimistischen Annahme ausginge, daß die Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts in den Entwicklungsländern in absehbarer Zeit diejenigen der Industrieländer übertreffen würden, bedürfte es — wie neuere Untersuchungen deutlich gezeigt haben — einer sehr viel längeren Zeit zur Überwindung der weltweiten Einkommensdisparitäten, als man noch vor einigen Jahren annahm. Die Konsequenzen dieser sich vorläufig noch verstärkenden Tendenz zur Ausweitung der weltweiten Einkommensdisparität zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern äußern sich u. a. in einer entsprechenden Struktur des Welthandels.

DIE INTERNATIONALE ARBEITSTEILUNG

Wie statistische Daten zeigen, wächst der Handel zwischen den industrialisierten Ländern schneller als zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern. Über 70 % des Welthandels entfallen heute auf den Austausch der Industrieländer untereinander, während das zwischen den Entwicklungsländern realisierte Austauschvolumen nur ca. 10 % des Welthandels ausmacht; der Rest entfällt auf den Austausch zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern. Die ständig zunehmende relative Konzentration des Welthandels auf die wirtschaftlich hochentwickelten Länder umfaßt sowohl Fertigwaren als auch Grundstoffe. Rd. 50 % der Wellexporte von Grundstoffen kommen immer noch aus industrialisierten Ländern. Andererseits ist das Austauschvolumen sowohl im Bereich der Fertigwaren als auch der Grundstoffe zwischen den Entwicklungsländern, ausgedrückt in Prozent des Welthandels, zurückgegangen. Berücksichtigt man außerdem die Tatsache, daß der Außenhandel der heutigen Volksdemokratien unter dem hegemonialen Einfluß der Sowjetunion zum überwiegenden Teil von der ursprünglichen Verknüpfung mit den westlichen Industrieländern zwangsweise auf das sogenannte „sozialistische Weltlager“ umgeleitet worden ist, dann wird eines deutlich: Die internationale Arbeitsteilung hat nach dem Zweiten Weltkrieg im Weltmaßstab gesehen abgenommen. Zugenommen hat sie aus ökonomischen Gründen innerhalb der großen Gruppe der Industrieländer und aus politischen Gründen innerhalb des sogenannten sozialistischen Lagers, während sie zwischen den Entwicklungsländern stagniert. Dieses ökonomische Bild entspricht dem polyzentrischen Modell, das wir von der Weltpolitik her kennen.

Das also ist — auf den kürzesten Nenner gebracht und sicherlich sehr weit vereinfacht — die Bilanz der weltwirtschaftlichen Entwicklung seit 1950. Man

muß diese Fakten kennen, wenn man die verschiedenen Stadien der westlichen und östlichen Entwicklungspolitik sowie die Herausbildung der verschiedenen entwicklungspolitischen Konzeptionen richtig beurteilen will.

SACHZWANG RATIONALER ENTWICKLUNGSPLANUNG

Wenden wir uns zunächst einmal der westlichen Entwicklungspolitik zu. Historisch gesehen, hat sie zwei Wurzeln, die — wie sich später zeigen sollte — ihren Wirkungsgrad politisch eher einschränkten als erhöhten: einmal die Missionstätigkeit und zum andern die mit dem Kolonialismus zwar eng verbundene, jedoch keineswegs immer damit identische Tätigkeit privater Investoren. Diese beiden historischen Komponenten des westlichen Engagements in Übersee wurden von seiten der Sowjetunion und der Volksdemokratien auch immer wieder gegen die inzwischen längst autonom und zusehends global gewordene Entwicklungspolitik des Westens ins Feld geführt. In dem Maße, wie die Entwicklungspolitik sowohl im Westen als auch im sozialistischen Lager zu einem immer bedeutenderen Mittel der Außenpolitik geworden ist, spielten auch Argumente dieser Art eine wachsende Rolle. Nur langsam begann sich der Sachzwang rationaler Entwicklungsplanung durchzusetzen. Sowohl in der westlichen als auch in der östlichen Entwicklungspolitik wurden gewisse strategische Relationen und Probleme empirisch ermittelt und daraus — auf allerdings verschiedene Weise — die Konsequenzen gezogen.

Zunächst mußte man feststellen, daß die — bei den heute immer noch nicht unter Kontrolle gebrachten Zuwachsraten der Bevölkerung und bei der niedrigen Produktivität des Kapitals — zur Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens jeweils erforderliche Investitionsquote bis jetzt in keinem Entwicklungsland aus eigenen Ersparnissen finanziert werden konnte. Die Lücke, die zwischen den erforderlichen Investitionen und den aufzubringenden Ersparnissen besteht, läßt sich grundsätzlich nur durch eine beschränkte Anzahl von sozial und politisch allerdings keinesfalls gleichwertigen Kombinationen von ökonomischen Faktoren schließen:

- durch eine Erhöhung der freiwilligen oder der unfreiwilligen Ersparnisse,
- durch eine Erhöhung der Faktorproduktivität,
- durch eine Herabsetzung der Zuwachsrate der Bevölkerung,
- durch Exportsteigerungen und schließlich
- durch Anleihen bzw. Schenkungen.

PRINZIPIELLE ENTWICKLUNGSSCHWIERIGKEITEN

Ein Blick auf diese theoretisch bestehenden Möglichkeiten zeigt sofort die prinzipiell bestehenden Entwicklungsschwierigkeiten: Zunächst ist eine substan-

tielle Erhöhung der freiwilligen Ersparnisse bei den äußerst niedrigen Einkommen in Entwicklungsländern kaum zu erwarten. Zusätzliche Ersparnisse durch Zwangssparen — etwa mittels Inflation oder Besteuerung — lassen sich heute nicht mehr ohne die Gefahr einer Revolution herauspressen, wie es die Kaldorschen Steuerexperimente ja deutlich gezeigt haben. Erhöhte Faktorproduktivität erfordert außer geschulten Arbeitskräften einen höheren Kapitaleinsatz, während einer aktiven Bevölkerungspolitik häufig religiöse, technische und finanzielle Hindernisse im Weg stehen. Schließlich sind auch der Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes für die Exportprodukte der Entwicklungsländer — besonders für Rohstoffe und Agrarprodukte — enge Grenzen gesetzt, weil einmal der Bedarf objektiv beschränkt ist und er zum anderen von seiten der Industrieländer durch Zölle, mengenmäßige Beschränkungen und fiskalische Belastungen zusätzlich eingeengt wird. Man schätzt, daß die Entwicklungsländer zur Erreichung einer fünfprozentigen jährlichen Wachstumsrate ihre Einfuhren um ca. 6,5% pro Jahr steigern müßten. Soll dieser wachstumsbedingte Importbedarf langfristig nicht zu Zahlungsbilanzdefiziten führen, müssen im gleichen

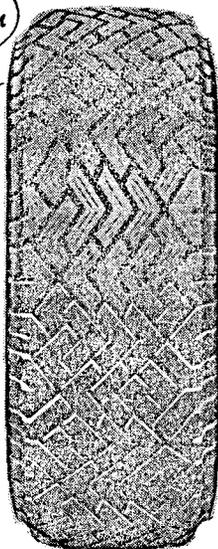
Umfang Exportmöglichkeiten in Hartwährungsländer gefunden werden. Dies ist bis jetzt jedoch nur ganz wenigen Entwicklungsländern gelungen. Gerade an diesem letzten Problem zeigt sich der heute ganz besonders deutlich zu Tage tretende globale Charakter der internationalen Entwicklungs- und Industrialisierungspolitik. Denn jede Exportsteigerung der Entwicklungsländer setzt eine umfassende und bisher von seiten der Industrieländer noch gar nicht ernsthaft in Angriff genommene Strukturpolitik in den hochentwickelten Ländern voraus.

Reichen die Exporterlöse nicht aus — und dies ist nach fünfzehnjähriger internationaler Entwicklungspolitik nach wie vor der Fall —, dann bleiben nur noch einseitige Kapitaltransfers entweder in Form von Krediten oder Schenkungen übrig. Sofern es sich um Kredite handelt, tritt mittel- und langfristig das Problem der Verschuldung und im Zusammenhang damit der zunehmenden Belastung durch Amortisations- und Zinszahlungen auf.

Damit sind Umfang und Struktur der entwicklungsorientierten Kapitaltransfers sowie ihr entwicklungs-effizienter Einsatz in den Entwicklungsländern zum

Continental hat für jedes Fahrproblem im Winter die richtige Lösung

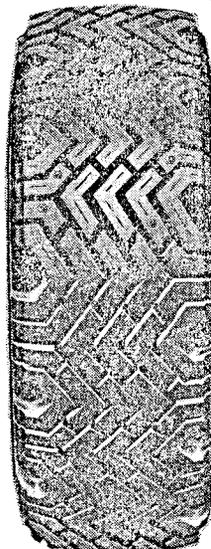
Vom winter-tüchtigen Sommer-Gürtelreifen



Continental Radial Ra P 14

Für Autofahrer, die dort wohnen, wo es nur „wenig Winter“ gibt oder wo die Streufahrzeuge schon immer „vorher“ dagewesen sind, ist der Continental Radial Gürtelreifen dank seiner ausgezeichneten Drainagewirkung und des griffigen Profils ein Sommer-Reifen, mit dem Sie auch gut durch den Winter kommen. (Auch die Behörden haben ihn als Winterreifen zugelassen.)

Bis zum Hochleistungs-Winter-Gürtelreifen mit Spikes



Continental Radial M+S 26 mit Spikes

Wer auch im Winter Freude am sportlichen Fahren hat und die „schnelle Spur“ bevorzugt, findet im Continental Radial M + S mit Spikes einen Winter-Gürtelreifen, der mit seiner Kombination von schnellem Profil und sicheren Spikes auch im härtesten Winter und unter extremsten Bedingungen nie kapituliert: Wenn alles schlecht... Sie fahren!

Übrigens: Der millionenfach bewährte Continental M + S 18 in Diagonal-Bauweise — mit und ohne Spikes — ist für viele Autofahrer nach wie vor ein zuverlässiger Winterreifen.

M+S-Spikes-Reifen halten mehrere Winter.

Continental

Beratung und Lieferung durch Ihren Reifenfachmann

Hauptproblem der westlichen und östlichen Entwicklungspolitik geworden. Und hier zeigen sich sofort die unterschiedlichen Konzeptionen.

WESTLICHE ENTWICKLUNGSPOLITIK

In der westlichen Entwicklungspolitik gingen lange Zeit die Meinungen darüber auseinander, ob privatwirtschaftlich orientierte Investitionen den besten Nutzeneffekt haben oder ob im Gegenteil nur staatliche Investitionen im Rahmen eines globalen Entwicklungsplans die beste Garantie für eine effiziente Entwicklung darstellen. Zwar können die privatwirtschaftlichen Investitionen entwicklungsrelevant sein, müssen es vom Standpunkt des Investors jedoch keinesfalls; wichtig ist nur, daß sie privatwirtschaftlich profitabel sind. Demgegenüber können staatlich organisierte und finanzierte Investitionen theoretisch alle externen, d. h. außermärklichen Entwicklungseffekte berücksichtigen, unterliegen jedoch häufig — und das ist ihr Nachteil — komplizierten bürokratischen Prozeduren, was nicht selten auf Kosten der ökonomischen Effizienz geht. Die praktische Entwicklungspolitik des Westens schwankte stets zwischen diesen beiden extremen Positionen hin und her. Zunächst stand die technisch orientierte Projekthilfe im Vordergrund, und zwar vorwiegend auf bilateraler Basis, d. h. begründet auf einem eindeutig definierten Verhältnis zwischen Geber- und Empfängerland ohne Zwischenschaltung internationaler Organisationen. Zeitweilig belief sich die bilaterale Hilfe auf 80 % der Gesamthilfe. Heute ist man unter dem Eindruck der doch sehr spürbar gewordenen Interdependenzen dazu übergegangen, wiederum mehr die Programmhilfe zu betonen. Dabei kommt immer mehr die multilaterale Abwicklung zum Zuge, die schon seit jeher von den meisten Entwicklungsexperten gefordert worden ist.

ANGLEICHUNG DER LEISTUNGEN

Ein weiteres Problem bildet die Kapitalaufbringung. Sie ist seit 1965 nicht zuletzt unter dem Eindruck des 1963 im Auftrage der amerikanischen Regierung erstatteten Clay-Berichts, in dem eine Straffung und Beschränkung der Hilfe gefordert wurde, rückläufig. Nominal beliefen sich alle multilateral, bilateral, privat und öffentlich aufgebrauchten Mittel 1964 noch auf 9,9 Mrd. \$. 1965 erreichte die Transfersumme mit rd. 11 Mrd. \$ ihren Höhepunkt. Heute beläuft sie sich — immer nominal gerechnet — auf kaum 9 Mrd. \$. Dabei zeichnet sich in den Anteilen der einzelnen Länder eine Angleichung der Leistungen ab. Während die Leistungen der großen Geberländer USA, Bundesrepublik Deutschland und Frankreich in den letzten zwei Jahren zurückgingen, sind Länder wie Japan, Kanada, Österreich und Schweden, die bisher nur sehr geringe Beträge für entwicklungspolitische Zwecke

transferiert haben, stärker in den Vordergrund getreten. Als vor mehreren Jahren der damalige Premierminister Indiens, Nehru, und später zahlreiche andere Politiker von den entwickelten Nationen forderten, mindestens 1 % ihres Nationaleinkommens für die Zwecke der Entwicklungspolitik vorzusehen, entstand eine Art internationaler „Verhaltenskodex“, an dem man nunmehr das jeweilige Engagement der Geberländer sozusagen „objektiv“ messen kann. Inzwischen ist auf der zweiten UNCTAD-Konferenz in New Delhi dieser 1 %ige „Soll-Satz“ auf das Brutto-sozialprodukt bezogen worden, womit etwa 20 % an international verfügbaren Entwicklungsmitteln gewonnen wären. Gemessen an diesem Verhältnis stehen Frankreich, Belgien und die Bundesrepublik Deutschland sehr günstig da; Frankreich an der Spitze mit einem Transfer von 1,7 % des Brutto-sozialprodukts. Nun ist a priori nicht einzusehen, weshalb das auf nationaler Ebene akzeptierte Prinzip der Steuerprogression nicht auch auf internationaler Ebene gelten sollte. Konkret würde das heißen, daß Länder mit einem hohen Pro-Kopf-Einkommen prozentual mehr an internationalen Kapitaltransfers zu leisten hätten als Länder mit einem relativ niedrigen Pro-Kopf-Einkommen. Obwohl die damit zusammenhängenden Fragen im Rahmen des von der OECD gegründeten „Development Assistance Committee“ schon seit Jahren diskutiert werden und man sich bemüht, einen für alle Länder akzeptablen und flexiblen Verteilungsschlüssel zu finden, sind auf diesem international sehr wichtigen Gebiet bisher keine Fortschritte erzielt worden. Man beobachtet vielmehr heute eine gewisse Nivellierung der Beitragsleistungen bei gleichbleibender nominaler Gesamtleistung. Die realen Leistungen gehen wegen der preisbedingten Entwertung zurück, und die Relation zwischen Brutto-sozialprodukt der Industrieländer und den für Entwicklungszwecke aufgebrauchten Mitteln wird gegenwärtig immer ungünstiger.

VOM EINZELPROJEKT ZUR GESAMTSTRATEGIE

Es kommt noch hinzu, daß sich — infolge der von den Entwicklungsländern zu zahlenden Amortisations- und Zinsleistungen — der an diese Länder fließende Nettobetrag immer weiter verringert. Man hat berechnet, daß die Bruttoauszahlungen von 1965 bis 1975 um mindestens 30 % erhöht werden müßten, um die Nettoleistungen auf dem gegenwärtigen Stand zu halten. Zu diesem Zweck werden bereits heute Studien über die Erweiterung der Kompetenzen der Weltbank sowie der ihr angeschlossenen Organisationen, insbesondere des Internationalen Währungsfonds, angefertigt. Dabei wird versucht, in Anbetracht der großen Schwierigkeiten, die einer weiteren Erhöhung der Gesamtleistungen im Wege stehen, die künftige Neuordnung des internationalen Währungssystems auch unter dem Aspekt der internationalen Finanzie-

rung einer globalen und konsistenten Entwicklungsstrategie zu sehen; ein schwieriges Unterfangen, wenn man die traditionelle Zurückhaltung der Zentralbankiers gegenüber diesen Dingen berücksichtigt. Die westliche Entwicklungspolitik tendiert also ganz eindeutig vom Einzelprojekt zum integrierten Projekt und von da weiter zur Gesamtstrategie, wobei zu den heute bestehenden möglicherweise auch neue multilaterale Organisationen hinzukommen werden. Ferner hat sich in den letzten Jahren eine deutliche geographische Neuverteilung in der Entwicklungshilfe ergeben: Während Anfang der sechziger Jahre noch rd. 30 % der Hilfe Afrika und 44 % Asien zukamen, erhöhte sich der Anteil Asiens 1965 auf 48 %, während der Afrikas auf 25 % zurückging. Der Anteil Südamerikas blieb mit 12 bzw. 15 % relativ konstant. Neben dieser geographischen Umschichtung ist ferner eine Konzentration auf bestimmte „Schwerpunktländer“ wie z. B. Indien, Pakistan, Kolumbien usw. zu beobachten. Trotzdem beträgt die Zahl der Empfängerländer westlicher bzw. internationaler Entwicklungshilfe mehr als hundert.

ÖSTLICHE ENTWICKLUNGSPOLITIK

Demgegenüber zeichnet sich die östliche Entwicklungspolitik durch ganz andere Größenordnungen und Methoden aus. Was den Umfang anbetrifft, so beläuft sie sich je nach Berechnungsart auf nur 10 bis 15 % der westlichen Entwicklungshilfe. In Prozent des Bruttosozialprodukts fällt der Vergleich noch ungünstiger aus: Die Sowjetunion bringt — ähnlich wie die Schweiz — nur etwa 1/10 % des Bruttosozialprodukts für Entwicklungszwecke auf. Die östliche Entwicklungspolitik läßt sich grob in vier Phasen einteilen: Bis in die Mitte der fünfziger Jahre denunzierte die Sowjetunion die Entwicklungspolitik im allgemeinen und die des Westens im besonderen als Neokolonialismus und Imperialismus. Von 1955 an ist Moskau auf der im selben Jahr stattfindenden Bandung-Konferenz zum ersten Mal entwicklungspolitisch in Er-

scheinung getreten und hat vor allem den sogenannten „fortschrittlichen“ Ländern Asiens und des Nahen Ostens seine Hilfe angeboten. Die zweite Phase umfaßt die Jahre 1958 bis 1961 mit einer drastischen Steigerung der Zusagen bei gleichzeitiger Konzentration auf Asien. Zusagen erhielten vor allem Indien, Afghanistan, Indonesien, der Irak, Syrien und die VAR. Während der dritten Phase, die man von 1961 bis 1963 datieren kann, wurden die sowjetischen Zusagen wiederum erheblich gekürzt, weil die Auszahlungen stark hinter den Zusagen nachhinkten. Infolge der akuten Entwicklung des Konflikts mit China trat dann in der vorläufig letzten, vierten Phase, insbesondere seit 1964, eine starke Erhöhung der Zusagen vor allem an Indien und Ägypten im Gesamtumfang von 1,1 Mrd. \$ auf. Rd. 20 % dieser Summe wurden sechs afrikanischen Ländern zugesprochen, um auch dort dem chinesischen Einfluß entgegenzuwirken. Die Sowjetunion, die den größten Teil der Entwicklungslasten trägt, hat — ähnlich wie Amerika im Verhältnis zu seinen Alliierten — darauf gedrängt, daß die übrigen sozialistischen Länder ihren Anteil erhöhen. Damit sind vor allem die Tschechoslowakei und die DDR gemeint.

Im Gegensatz zum Westen gewährt die Sowjetunion ihre Entwicklungshilfe stärker nach militärisch-politischen Gesichtspunkten, wobei sie je nach der internationalen Lage die jeweiligen Schwerpunktländer bestimmt und dort dann auch sehr stark in Erscheinung tritt. Dies mag einer der verschiedenen Gründe dafür sein, daß die östliche, namentlich die sowjetische Entwicklungspolitik sich trotz ihres sehr bescheidenen Gesamtumfangs bei gewissen Entwicklungsländern einer unvergleichlich größeren Popularität erfreut als die des Westens. Dieses Phänomen ist so auffallend, daß sich kürzlich ein namhafter Sowjetspezialist, Marshall I. Goldman, veranlaßt sah, in einer umfassenden und gründlichen Studie über die sowjetische Entwicklungshilfe dieser Frage nachzugehen. Neuerdings konzentriert die Sowjetunion ihre Aufmerksamkeit auch auf genaue projekttechni-

COMMERZBANK

AKTIENGESELLSCHAFT

Hauptverwaltungen in Düsseldorf, Frankfurt a. M., Hamburg



Geschäftsstellen überall in der Bundesrepublik und in West-Berlin

Immer haben wir es als unsere vornehmste Aufgabe betrachtet, in allen Zeiten, ob guten oder schlechten, unserer Kundschaft zu dienen. Das Vertrauen, das uns aus allen Kreisen entgegengebracht wird, verpflichtet uns, stets von neuem unsere besten Kräfte für die heimische Wirtschaft einzusetzen.

sche Kalkulationen, womit sie sich der in der westlichen Entwicklungshilfe schon seit jeher geübten Methode annähert. Auch wird in vermehrtem Maße der Effektivität und Implementation der Entwicklungspläne Bedeutung beigemessen. Die Sowjetunion hat dafür eigens Spezialisten ausgebildet, die in engem Kontakt mit den Planungsbehörden der Empfängerländer stehen. In gewisser Hinsicht zeichnet sich während der jüngsten Phase der östlichen Entwicklungspolitik ein spürbares Abrücken von der Bevorzugung der in erster Linie propagandistisch attraktiven und dem Prestigebedürfnis verschiedener Empfängerländer entgegenkommenden spektakulären Großprojekte ab. Es ist kaum anzunehmen, daß sich die Sowjetunion auch in Zukunft bei Projekten wie z. B. dem Assuan-Damm in Ägypten oder dem Bhilai-Stahlwerk in Indien engagieren wird.

MULTILATERALE ENTWICKLUNGSSTRATEGIE

In dem Maße, wie die Tendenz zur Betonung rationaler Plan- und Implementationsanalysen sozioökonomischer Prozesse anhält, ergibt sich zumindest die

Chance, im Rahmen einer multilateralen globalen Entwicklungsstrategie, wie sie in Umrissen bereits von seiten der Entwicklungsländer ausgearbeitet wurde, abseits von Propagandaeffekten neue Konzepte der internationalen Zusammenarbeit zu entwickeln.

Die Zukunft des internationalen Systems, seine politischen und wirtschaftlichen Entwicklungschancen hängen aufs engste mit der Frage zusammen, ob es uns rechtzeitig gelingen wird, aus dem neuen Verhältnis von Wissenschaft und Praxis im Spannungsfeld von traditionellen Gesellschaftsformen und neuen Technologien neue, sowohl den Kapitalismus als auch den heutigen Kommunismus transzendierende Modelle künftiger gesellschaftlicher Existenzformen in gemeinsamer Arbeit zu entwerfen und im Rahmen eines weltweiten Systems indikativer Planung Formen der nichtkriegsrischen Konfliktaustragung zu realisieren. Der Atomsperrvertrag, die bevorstehenden Verhandlungen über den Abbau des Raketenabwehrsystems sind ebenso wie die Suche nach einer weltweiten Entwicklungsstrategie wichtige Elemente einer solchen auf dauernde Friedenssicherung gerichteten „Welt-Innenpolitik“.

Den Entwicklungsländern fehlen ausgebildete Führungskräfte

Bernd Koch, z. Zt. Maseru/Lesotho

Die Analyse ¹⁾ eines in Nigeria gelegenen Versuchsbereiches ergab, daß die klassischen Produktionsfaktoren — Arbeit, Kapital, Boden — mit gewissen quantitativen und qualitativen Einschränkungen vorhanden sind. Überdies bestehen ein aufnahmebereiter Markt und eine günstige Infrastruktur. Trotzdem sind keinerlei Anzeichen einer gewerblich-industriellen Entwicklung festzustellen. Die Situation kann als typisch für viele Gebiete der Entwicklungswelt angesehen werden.

VORHANDENE PRODUKTIONSFAKTOREN

Vereinfachend läßt sich über die einzelnen Produktionsfaktoren folgendes aussagen:

□ Der Produktionsfaktor *Boden* steht den gewerblichen Betrieben als Stoffträger und als Standort meist

1) Vgl. die Studie des Forschungsinstituts für Handwerkswirtschaft an der Universität Frankfurt am Main: B. Koch, „Das Handwerk in ausgewählten Bezirken West-Nigerias“, Frankfurt/M. 1968.

unter günstigeren Voraussetzungen zur Verfügung als in den Industrieländern. Lediglich der Erwerb sicherer Rechtstitel bereitet Schwierigkeiten. Für einheimische Unternehmer ist dies aber weniger von Bedeutung.

□ *Kapital* ist in den Entwicklungsländern oft nur beschränkt vorhanden. Aber in Anbetracht des durchschnittlichen Einkommens und Lebensstandards ist das verfügbare Kapital größer, als allgemein angenommen wird. Schwierigkeiten ergeben sich zwar, wenn die relativ hohen Ausgaben für traditionelle Bräuche, Prestigekonsum, religiöse Bauten und „consume education“ (im Gegensatz zur wirtschaftlich nutzbaren „investment education“) zum Zweck der Kapitalbildung reduziert werden müssen. Aufgrund der großen sozialen Gegensätze verfügen aber einzelne Bevölkerungsgruppen über gehortetes und anlagesuchendes Kapital, das zumindest für erste Ansätze einer gewerblich-industriellen Entwicklung ausreichen würde.

□ Über den Produktionsfaktor *Arbeit* — und insbesondere die Arbeitsbereitschaft — herrschen in den